

Bei K + S bleibt der Minister skeptisch

Grüne tagen in Bad Salzdetfurth / Simone Peter und Stefan Wenzel diskutieren über FFH-Gebiete

VON ULRIKE KOHRS

BAD SALZDETFRUTH. Nach Niedersachsen verschlägt es die Bundesvorsitzende der Grünen durchaus häufiger mal. In Bad Salzdetfurth allerdings war Simone Peter zum ersten Mal. Bei der Klausurtagung der Grünen-Landtagsfraktion diskutierte sie gestern und vorgestern ausgiebig mit Umweltminister Stefan

Wenzel, der Fraktionsvorsitzenden Anja Piel, dem Hildesheimer Abgeordneten Ottmar von Holtz und zahlreichen anderen Parteimitgliedern über aktuelle Themen: das Abschneiden der Grünen bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg, Flüchtlingspolitik und Energiewende.

Am Rande der Konferenz im Relaxa blieb aber auch Zeit für lokale Themen.

Zum Beispiel Kali + Salz. Wie berichtet, steckt das Unternehmen mitten im Genehmigungsverfahren für die Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen. Der Düngemittel-Konzern steht aber derzeit in Hessen und Thüringen unter Druck, die Ermittler werfen dem Unternehmen dort Gewässerverunreinigung und unerlaubte Abfallbeseitigung vor. Hat das Auswirkungen auf das Giesener Verfahren? „Wir schauen bei Kali und Salz immer besonders skeptisch hin, weil wir keine guten Erfahrungen gemacht haben“, so Minister Wenzel. Die Sorgen der Bürger müssten ernst genommen werden, sagt von Holtz. Das Argument, dass dort Arbeitsplätze geschaffen werden, könne Bürgerbedenken und Umweltsorgen nicht einfach vom Tisch fegen. Von Holtz bemängelte auch, dass die Bahnlinie, die später zum Abtransport genutzt werden soll, nicht Bestandteil des Genehmigungsverfahrens sei. Weil die Strecke uralt sei, müsse aber dringend überprüft werden, ob deren Genehmigung den veränderten Anforderungen überhaupt standhalten würde.

Ein Thema, das Simone Peter als ehemalige Umweltministerin des Saarlandes auch sehr am Herzen liegt, ist die Ausweisung neuer Flora-Fauna-Habitats, sogenannter FFH-Gebiete. Schon 1992 verpflichteten sich die EU-Mitgliedsstaaten dazu, die biologische Vielfalt zu schützen und entsprechende Flä-

chen auszuweisen. Im Holler Rathaus trudelte jetzt Post von der Naturschutzbehörde des Landkreises Hildesheim ein – darin die Vorschläge für die Erweiterung eines dieser FFH-Areale. Das allerdings streckt sich beispielsweise auch über die alte Bahnstrecke Holle/Bockenheim und die Verbindungsstraße nach Derneburg. Kurzfristig sollte die Gemeinde dazu nun eine Stellungnahme abgeben. Der Zeitdruck ärgerte Holles Bürgermeister Klaus Huchthausen.

„Die FFH-Gebiete sind seit 2006 ausgewiesen und im Internet einzusehen“, betont Stefan Wenzel. Allerdings sei versäumt worden, das EU-Recht ernsthaft zu verfolgen und auch im Land verbindlich zu machen. Simone Peter kann dem Minister da nur beipflichten. Bundesweit sei das Thema nicht nur sehr unterschiedlich angefasst worden, es sei teilweise einfach liegen geblieben. Nun drohen dem Bund aber hohe Strafen, wenn er die Verpflichtung nicht einhält.

Den Kommunen rät Wenzel, sich bei Problemen an die Fachbehörden oder das Ministerium zu wenden. Keine Lösung sei es, die EU-Verordnung zu ignorieren, so Peter. Da ziehe man vor Gericht den Kürzeren. Ein krasses Beispiel gebe es in Bensenried schildert Wenzel: Dort ist eine Umgehungsstraße durch ein Vogelschutzgebiet gebaut worden, das bislang noch nicht korrekt angemeldet wurde. Der Straße drohe nun der Abriss.



Stefan Wenzel, Anja Piel, Simone Peter und Ottmar von Holtz diskutieren am Rande der Klausurtagung auch überregionale Themen.

Foto: Kohrs